



HESSISCHER LANDTAG

10. 03. 2026

Plenum

Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Bildung stärken statt kürzen – Sozialindex sichern und Wortbruch der Landesregierung beenden

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass Bildung der entscheidende Schlüssel für gesellschaftlichen Aufstieg, wirtschaftliche Stärke und gesellschaftlichen Zusammenhalt ist. Ein leistungsfähiges Bildungssystem muss allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft faire Chancen eröffnen und damit das Aufstiegsversprechen unseres Staates einlösen. Von den derzeit rund 650 nach dem Sozialindex zugewiesenen Lehrkräftestellen würden durch die geplanten Kürzungen um rund 300 Stellen nahezu jede zweite Stelle entfallen. Die Einsparungen träfen damit ausgerechnet Schulen in sozial herausfordernden Lagen, von denen integrierte Gesamtschulen in besonderer Weise betroffen wären, und schwächten gezielt Standorte mit hohem Integrationsbedarf, erhöhter Armutsgefährdung und besonderem Förderauftrag.
2. Der Landtag stellt fest, dass insbesondere Schulen mit besonderen sozialen Herausforderungen auf zusätzliche personelle Ressourcen angewiesen sind, um individuelle Förderung, Sprachbildung und Integration zu gewährleisten. Die nach dem Sozialindex bereitgestellten Personalressourcen werden gezielt den Schulen zur Verfügung gestellt, die von besonders vielen Schülerinnen und Schülern aus sozioökonomisch benachteiligten Familien besucht werden. Wenn ausgerechnet an diesen Schulen Lehrkräftekapazitäten reduziert werden, verschlechtern sich die Lernbedingungen für viele Schülerinnen und Schüler und bestehende Bildungsungleichheiten werden weiter verstärkt. Zudem besteht die Gefahr, dass sich Schulabbrüche häufen und sich die Chancen auf erfolgreiche Schulabschlüsse, insbesondere an Schulen in sozial besonders belasteten Regionen, weiter verschlechtern.
3. Der Landtag stellt fest, dass die vorgesehenen Kürzungen im Bereich des Sozialindex nicht mit den bildungspolitischen Zusagen der Landesregierung vereinbar sind. Im Koalitionsvertrag von CDU und SPD wird ausdrücklich angekündigt, den Sozialindex weiterzuentwickeln und Schulen mit besonderen sozialen Herausforderungen zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Die nun vorgesehenen Kürzungen stellen daher einen klaren Widerspruch zu den eigenen politischen Vereinbarungen der Regierungskoalition dar.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die geplanten Kürzungen bei der sozialindizierten Lehrkräftezuweisung sowie bei den integrierten Gesamtschulen vollständig zurückzunehmen und die bestehenden Stellen dauerhaft zu sichern. Schulen in sozial herausfordernden Lagen, insbesondere integrierte Gesamtschulen, benötigen Planungssicherheit, stabile Personalstrukturen und verlässliche Unterstützung, um ihren pädagogischen Auftrag erfüllen zu können.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im weiteren Haushaltsvollzug sowie in der Aufstellung zukünftiger Haushalte Bildung als oberste Priorität der Landespolitik zu behandeln und sicherzustellen, dass Förderinstrumente zur Herstellung von Chancengerechtigkeit – insbesondere die sozialindizierte Lehrkräftezuweisung – nicht Gegenstand von Konsolidierungsmaßnahmen werden. Haushaltsentscheidungen des Landes müssen dem Grundsatz folgen, dass Investitionen in Bildung Vorrang vor Einsparungen haben, damit das Aufstiegsversprechen für alle Schülerinnen und Schüler in Hessen eingelöst werden kann.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 10. März 2026

Der Fraktionsvorsitzende:

Dr. Stefan Naas